

13. JAHRESTAGUNG DER OSTSEEPARLAMENTARIERKONFERENZ

Bergen, 30.-31. August 2004

Tagungsbericht

Die 13. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) fand auf Einladung des norwegischen Parlaments am 30. und 31. August 2004 in Bergen, Norwegen statt. Die diesjährige Konferenz war mit dem Motto „*Nachhaltige Entwicklung – gemeinsame Anliegen und Verantwortungen im Ostseeraum*“ überschrieben. Themen der drei Teilsitzungen waren die Ostsee-Zusammenarbeit, auch mit Nichtregierungsorganisationen, öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen und der Umweltschutz.

An der Tagung nahmen Vertreter nationaler und regionaler Parlamente aus den Ländern des Ostseeraums, des Nordischen Rats sowie als Beobachter Vertreter des Ostseerates (CBSS), der Helsinki-Kommission, der Europäischen Kommission und des Europarates, verschiedener Ostseenetze, des NGO-Forums sowie regionaler parlamentarischer Versammlungen teil. Deutschland war mit parlamentarischen Delegationen aus Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sowie dem Deutschen Bundestag mit den Abgeordneten **Franz Thönnes** (SPD), **Dr. Christine Lucyga** (SPD), **Ulrich Adam** (CDU/CSU) und **Susanne Jaffke** (CDU/CSU) vertreten.

Der norwegische Parlamentspräsident **Jorgen Kosmo** und der Bergener Bürgermeister **Herman Friele** hießen die Teilnehmer in Norwegen und in der Stadt Bergen willkommen, die als Hansekontor seit dem Mittelalter weitreichende Beziehungen zu fast allen Städten des Ostseeraums unterhielt. Parlamentspräsident **Jorgen Kosmo** bemerkte einleitend, dass die Ostseekooperation auch heute einen wichtigen Bestandteil der norwegischen Nachbarschaftspolitik darstelle. Mit der Erweiterung im Frühjahr 2004 seien acht Mitgliedstaaten des Ostseerates Mitglieder der Europäischen Union geworden. Bisher sei offen, welche Auswirkungen die Erweiterung für die Rolle und Bedeutung des Ostseerates haben werde; mit dieser Frage werde sich der polnische Vorsitz im kommenden Jahr vordringlich beschäftigen. Auch die Ostseeparlamentarierkonferenz habe ihren Ständigen Ausschuss beauftragt, die Konferenz zu stärken und sie zur parlamentarischen Dimension des Ostseerates auszubauen. Gegenwärtig leisteten die BSPC und ihr Ständiger Ausschuss wertvolle Arbeit, indem sie die Aufmerksamkeit ihrer Regierungen und Partnerorgane auf spezifische Fragen lenkten. Außer der Ostseeparlamentarierkonferenz gebe es im nördlichen Raum noch die arktische Parlamentarierkooperation, das Netzwerk der Barentsparlamentarier und den Nordischen Rat. Nach Ansicht des norwegischen Parlamentspräsidenten sollten die parlamentarischen Aktivitäten für Nordeuropa zu einer „Parlamentarischen Partnerschaft für Nordeuropa“ als allumfassende Struktur für diesen geographischen Raum zusammengefasst

werden. Diese Partnerschaft sollte jährlich oder alle zwei Jahre zusammentreten und über einen Ständigen Ausschuss zur Vorbereitung der Arbeiten verfügen. Ihr sollte auch das Europäische Parlament angehören.

Für den Ostseerat erläuterte **Adam Rotfeldt**, Staatssekretär im polnischen Auswärtigen Amt, *die Lage des Ostseerates nach der EU-Erweiterung*. Nach der Erweiterung werde der Ostseeraum eines der wirtschaftlich stärksten und wichtigsten Gebiete der Union sein, daher werde der Ostseerat eine noch wichtigere Rolle wahrnehmen müssen. Die Definition der neuen Rolle des Ostseerates sei eine große Herausforderung. Er sollte ein Organ sein, in dem gleichgestellte Partner vertreten sind, sich selbst an die Gegebenheiten der neuen erweiterten Union anpassen, zielgerichtet sein und Doppelarbeit vermeiden. Der CBSS und der Europäische Ministerrat sollten rüher aneinander herangeführt werden, und der Ostseerat solle auch zur besseren Umsetzung europäischer Beschlüsse dienen. Die positive Zusammenarbeit im Ostseeraum sollte auch auf östliche Staaten wie die Ukraine ausgedehnt werden. Beim Umweltschutz gelte es, den sicheren Transport auf dem Seewege zu gewährleisten. Bei der Verbrechensbekämpfung im Rahmen des Ostseerates seien Erfolge zu verzeichnen, eine Ausweitung der Zusammenarbeit auch auf die zivile Verbrechensbekämpfung werde von Finnland angestrebt. Der Ostseeraum besäße eine Reihe von Möglichkeiten und Vorteilen, wie die dynamische wirtschaftliche Entwicklung der Hochtechnologie-Sektoren, starke kulturelle Beziehungen in einem einheitlichen Ostseeraum sowie ein enges, von den Regierungen geschaffenes Netzwerk dezentraler Institutionen. Auch die Partnerschaft von EU und Russland solle als Möglichkeit zur Stärkung der Beziehungen gesehen werden. Abschließend nannte Adam Rotfeldt die Tatsache, dass es im Ostseeraum viele nützliche Initiativen gegeben habe, die wegen mangelnder Geldmittel jedoch ausgesetzt worden seien. Hier rechne man auf die Hilfe von Ostseeparlamentarierkonferenz und Ostseerat, damit auf diese Weise auch den Bürgern der Länder geholfen werden könne.

Für den Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz gab sein Vorsitzender, **Kent Olsson**, Schweden, sodann einen *Bericht über die Entwicklungen seit der zwölften Parlamentarierkonferenz*. Er verwies zunächst auf einen Überblick über die Aktivitäten des Ständigen Ausschusses, der der Konferenzmappe beiläge. Erstmals habe der Ständige Ausschuss im November 2003 in Brüssel Vertretern der Europäischen Union in Anwesenheit von Repräsentanten des Ostseerates die parlamentarische Ostseekooperation vorgestellt. Im Februar dieses Jahres sei man in Tallinn mit der damaligen amtierenden Vorsitzenden des Ostseerates, der estnischen Außenministerin Kristina Ojuland, zusammengetroffen, im April habe es die Möglichkeit zu einem Gespräch mit dem norwegischen Außenminister Jan Petersen gegeben. Olsson betonte die gute Zusammenarbeit mit dem Ostseerat, der keine Verpflichtung habe, gegenüber der BSPC Bericht zu erstatten, sondern dies auf freiwilliger Basis tue. Eine weitere für die BSPC wichtige regionale Regierungsorganisation sei die HELCOM, bei der der Beobachterstatus der BSPC von Vertretern des Nordischen Rates und des Landesparlaments Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen worden sei. Im Hinblick auf die Ausweisung der Ostsee als PSSA (Besonders empfindliches Seegebiet) seien beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Was die Funktionsweise der Konferenz anbelange, sei der Ständige Ausschuss entschlossen, die Strukturen weiterzuentwickeln, es bestünden jedoch unterschiedliche Meinungen darüber, wie dies geschehen solle. Problematisch sei, dass der Ständige Ausschuss über kein Mandat von Seiten der Konferenz verfüge, um in ihrem Auftrag als politisches Lenkungsorgan zu handeln. Die Konferenz solle die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschließen, die im Laufe des nächsten Jahres Möglichkeiten zur Entwicklung der BSPC zu einer parlamentarischen Dimension des Ostseerates und zur Finanzierung der parlamentarischen Zusammenarbeit untersuchen werde. Für den mit der Abfassung der Resolution beauftragten Redaktionsausschuss wurden ebenfalls Bestimmungen entworfen, die es ermöglichen würden, nicht auf der Konferenz diskutierte Fragen, die beispielsweise erst kurz vor Konferenzbeginn aufkommen, in die Resolution aufzunehmen. Als Berichterstatter für die Region Kaliningrad wies Kent Olsson darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Lage der Region erheblich verbessert habe, dass jedoch noch immer beträchtliche soziale Probleme fortbeständen.

Das Gefälle bei Wachstum und Entwicklung zwischen der Stadt Kaliningrad und den übrigen Teilen der Region sei allerdings beträchtlich.

Zum Thema der *wirtschaftlichen Zusammenarbeit Russlands im Ostseeraum* referierte der Abgeordnete des Föderationsrates der Russischen Föderation **Vladimir Gusev**. Generell bestehe die Notwendigkeit, von allgemeinen politischen Erklärungen zu konkreten Handlungen überzugehen. Die Zusammenarbeit im ökologischen Bereich, die gemeinsame Ressourcennutzung und auch der Umgang mit Industrieabfällen stünden für die russischen Ostseeanrainerstädte St. Petersburg und Kaliningrad im Mittelpunkt. Hier habe ein erster Einsatz von Großinvestitionen begonnen, es würden z.B. Kläranlagen in St. Petersburg gebaut. Es gäbe auch eine Rahmenvereinbarung für den Umweltschutz und im Hinblick auf den Atomkraftschutz. Im Hinblick auf die Energiewirtschaft verfüge Russland über riesige Mineralölreserven an Erdöl, Erdgas und Nickel. Hier sei die Einführung von Spitzentechnologien und die Entwicklung von Infrastrukturen zum Transport der Ressourcen sehr wichtig. Über die nordeuropäische Gaspipeline könnte so Erdgas nach Westeuropa geliefert werden. Schienen- und Seeverkehr müssten weiter ausgebaut werden, und Russland müsse in die transkontinentalen europäischen Verkehrsnetze eingebunden werden. Russland strebe die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums und einer Freihandelszone mit der EU und den Ostseeländern an. Russland müsse zu einem prioritären Partner der EU werden und verfolge das Ziel eines visafreien Verkehrs. Der langfristige Charakter dieser Ziele bedeute jedoch nicht, dass es keine kurzfristigen Ziele bzw. Ergebnisse geben dürfe. Insbesondere in der Region Kaliningrad bestünden sehr gute Aussichten, gemeinsame Produktionsunternehmen zu schaffen. Sitzungsleiter **Gennady Khripel** (Russische Föderation) pflichtete Abg. Gusev bei, dass ein konkreter Fahrplan für die staatliche Zusammenarbeit mit Russland entwickelt werden müsse.

Anschließend legte Herr **Aivars Lapins**, Mitglied des Kabinetts von EU-Kommissionsmitglied Sandra Kalniete, den *Standpunkt der EU zur Ostseezusammenarbeit* dar. Die EU werde um zehn neue Mitgliedstaaten erweitert, von denen allein vier an der Ostsee lägen. Beim letzten Gipfeltreffen am 24. Mai 2004 seien mehrere gemeinsame Aktionsbereiche im Hinblick auf den Ostseeraum genannt worden: Durch die Wiederbelebung der nördlichen Dimension verspreche man sich eine verbesserte Koordinierung des EU-Ansatzes. Es gebe sechs Nachbarschaftsprogramme im Ostseeraum, gutnachbarschaftliche Beziehungen sollten auch auf regionaler Ebene entwickelt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Region Kaliningrad müsse unterstützt werden, es gebe jedoch auch eine Ausrichtung auf die sozioökonomische Entwicklung. Eine verbesserte Zusammenarbeit werde auch im Gesundheitsbereich, v.a. bei der Bekämpfung von AIDS angestrebt; das gleiche gelte für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

Herr **Marek Maciejowski**, Generalsekretär von *Baltic 21*, stellte sodann die von ihm geleitete Einrichtung vor, die seit ihrer im Jahr 1998 vom Ostseerat beschlossenen Gründung den Zweck verfolgt, die *nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum* auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten, im Bildungsbereich und bei der regionalen und kommunalen Planung zu fördern. Nachhaltigkeit hänge aber entscheidend von der Beteiligung aller politischen Akteure ab, und er appellierte an die Mitglieder der Ostseeparlamentarierkonferenz, sich auf regionaler Ebene für konkrete Schritte zur Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung einzusetzen.

Die darauffolgende Plenardiskussion wurde vor allem von den Vertretern der deutschen Delegationen dominiert. Frau **Anke Spoorendonk**, Vertreterin der dänischen Minderheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag, setzte sich für die *Einsetzung einer Minderheitenbeauftragten durch die BSPC* ein. Der Schleswig-Holsteinische Landtagspräsident **Heinz-Werner Arens** regte an, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz zwölf Jahre nach ihrer Gründung *über ihr Selbstverständnis nachdenken* müsse. Wichtige Politikfelder der Zusammenarbeit dürften nicht allein den Regierungen überlassen werden; die Berichterstattung des Ostseerates gegenüber der BSPC sei wichtig, reiche jedoch allein nicht aus, und man müsse sich Gedanken machen, welche institutionellen Veränderungen vorgenommen werden sollten. Die Präsidentin des Landtages von

Mecklenburg-Vorpommern, **Sylvia Bretschneider**, berichtete über den *Beobachterstatus der BSPC bei der HELCOM*, bei der sich die Ostseekonferenz jetzt für eine Ausweisung der Ostsee als PSSA (Besonders empfindliches Seegebiet) durch die IMO einsetze. Schon aufgrund der prognostizierten Verdopplung des Seeverkehrs auf der Ostsee sollten Regierungen, HELCOM und Ostseerat zu einer weiteren Entwicklung der Hafensicherheit und einer Verringerung schädlicher Emissionen aufgefordert werden, und sie werde die Aufnahme dieser Forderungen in die Schlussresolution beantragen. Der finnische Abgeordnete **Kimmo Kiljunen** trat nachdrücklich für eine *Stärkung der parlamentarischen Dimension* ein. Er unterstützte den Vorschlag des norwegischen Parlamentspräsidenten und regte eine Parlamentarierversammlung des nördlichen Raums an, zu der die BSPC weiterentwickelt werden könnte. Die Vertretungen in einer solchen Versammlung sollten direkt aus den nationalen Parlamenten kommen, und es müssten formellere Beziehungen zum Ostseerat eingeleitet werden. Staatssekretär **Franz Thönnies**, MdB, ging ebenfalls auf die Frage der *Stärkung der parlamentarischen Dimension* ein und unterbreitete vier Vorschläge: Regionale Parlamente müssten auch weiterhin eine starke Vertretung in der BSPC haben, aber auch die Bundesebene müsse vertreten sein. Eine Stärkung ließe sich auch durch eine bessere Kontinuität in der Zusammensetzung parlamentarischer Delegationen erreichen, die Delegationen sollten daher für die Dauer einer Wahlperiode dieselben bleiben. Das Europäische Parlament sollte zu einer Beteiligung aufgefordert werden. Schließlich müsse auch die Umsetzung der Resolutionen in den Parlamenten verbessert werden. Er regte an, dass die Delegationen möglicherweise darüber Bericht erstatten sollten, was zur Umsetzung der Resolutionen in ihren Parlamenten getan worden sei. **Dr. Monika Schaal**, Mitglied des Parlaments der Freien und Hansestadt Hamburg, forderte eine *bessere Schiffssicherheit* und Vermeidung von Havarien, die Ausweisung der Ostsee zur PSSA, Lotsenpflicht in schwer zu befahrenden Gewässern, verbindliche Routen für Gefahrgutanker sowie schärfere Hafenkontrollen.

Teil 2 der ersten Sitzung war der Rolle der Zivilgesellschaft im Ostseeraum gewidmet. Zu Beginn stellte **Outi Ojala**, Finnland, ihren ausführlichen *Bericht über die NGO-Gesetzgebung in den Ländern des Ostseeraums* vor, der vorab an alle Teilnehmer verteilt worden war. Zusammenfassend sagte sie, dass NGOs in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, abhängig von ihren Kontakten und Wirkungsmöglichkeiten, behandelt würden. NGOs würden nicht immer automatisch an der Entscheidungsfindung beteiligt, persönliche Kontakte spielten hier eine wichtige Rolle. NGOs wünschten sich natürlich Netzwerke, es sei auch von größter Bedeutung, regional und international zusammenzuarbeiten, und eine engere und strukturiertere Zusammenarbeit zwischen Ostseerat, BSPC und NGOs sei wünschenswert. Die Zivilgesellschaft sei kein Rivale, sondern ein zusätzlicher Partner im demokratischen Prozess. Es solle daher klare Regelungen in Bezug auf Rechte und Regeln für NGOs in Konsultations- und Beratungsgruppen geben. **Helmut Hallemaa**, Estland, stellte das *Baltic Sea NGO Network* vor und berichtete über das von ihm organisierte IV. NGO-Forum, das 2004 in Pärnu, Estland, stattgefunden hatte. **Hannu Hallinen**, Direktor im Ostseerat, beschäftigte sich mit der Frage, wie über die Zivilgesellschaft alle Menschen effektiv in demokratische Entscheidungsprozesse eingebunden werden könnten. Frau **Rigmor Duun Grande**, norwegische Abteilungsleiterin beim Nordischen Rat, gab einen historischen Überblick über die *Entwicklung der NGOs in den nordischen Ländern* und nannte Empfehlungen im Hinblick auf die Organisation des Freiwilligensektors, der frei und unabhängig vom politischen System sein sollte. In der sich anschließenden Plenardebatte stellte u.a. **Heinz-Henrik Hansen**, Dänemark, die von ihm geleitete Minderheitenorganisation FUEN vor. Von einer Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen würden alle Seiten profitieren, erforderlich seien aber der Aufbau verlässlicher Kooperationsstrukturen und eine unabhängige finanzielle Ausstattung der nichtstaatlichen Partner.

Die zweite Sitzung der Tagung behandelte das Thema *„Öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen“*. **Ewa Persson Göransson**, schwedische Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales, erläuterte *neue Möglichkeiten für die gesundheitspolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum*. Ein wichtiger Aktionsbereich läge im Entgegenwirken der Verbreitung ansteckender Krankheiten, hier habe man viele gute Ergebnisse erzielt und im Oktober 2003 in

Oslo eine Partnerschaft gegründet, die sich in ihrer Erklärung ehrgeizige Ziele gesetzt habe und die größte Gesundheitsinitiative in der Region darstelle. Wichtig sei eine Beteiligung der privaten Akteure und der Öffentlichkeit, denn es gehe um die Verhinderung eines Lebensstils, der sich auf ansteckende Krankheiten auswirke, wie etwa die illegale Einnahme von Drogen. Andererseits solle eine gesunde Lebensweise gefördert werden; in den nordischen Ländern spiele die Alkoholsituation eine wichtige Rolle, hier seien die Hauptzielgruppen vor allem Kinder und Jugendliche. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei natürlich auch die Verbreitung von HIV/AIDS.

Über die *Gesundheitsprobleme in Estland* referierte **Katrin Saluvere**, Generaldirektorin im estnischen Sozialministerium. Insbesondere bei der Senkung der Sterblichkeitsrate und der Erhöhung der Lebenserwartung ließen sich in Estland noch viele Verbesserungen erzielen. Hauptprobleme in Estland seien eine hohe Zahl von Herzgefäßerkrankungen, eine hohe Säuglingssterblichkeit, HIV/AIDS (vor allem in Ostestland) und geistig-psychologische Erkrankungen.

Abg. **Franz Thönnies**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, referierte anschließend zum Thema *„Die Herausforderungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik in der Region Nordeuropa gemeinsam bewältigen“*. Nach der jüngsten Erweiterungsrunde sei die Ostsee zu einem Binnenmeer der Europäischen Union geworden, in dem sich die sozialen Traditionen der nordischen Länder, die Perspektive von Modernisierung und Wachstum der neuen Mitgliedstaaten und das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung des Ostseeraumes wiederfänden. Aber auch zu den Nichtmitgliedstaaten, insbesondere Russland, gelte es, gutnachbarschaftliche Beziehungen aufzubauen. Der Ostseeraum sei ein wirtschaftlich stark florierender Raum mit einem Anteil von 14 % am Welthandel. Aber es beständen noch immer enorme Wohlstands- und Lohnunterschiede zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil der Ostsee. In den neuen Mitgliedstaaten gebe es noch viel zu tun im Hinblick auf die Entwicklung der sozialen Strukturen. Die wichtigste Herausforderung sei jedoch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die in Polen bei 17 % liege, im Vergleich zu 4 % in Norwegen. Es könne sehr nützlich sein, aus den Erfahrungen anderer, etwa der nordischen Länder, zu lernen. Auf europäischer Ebene habe man die Lissaboner Strategie verabschiedet, in Deutschland widme sich die „Agenda 2010“ der Reform des Arbeitsmarktes und der Gesundheitssysteme. Auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik müssten die geographische Mobilität der Patienten und des im Gesundheitsbereich tätigen Personals gefördert werden. Mit der Osloer Partnerschaft für die nördliche Dimension verfolge man u.a. die Bekämpfung ansteckender Krankheiten, insbesondere HIV/AIDS, eine Krankheit, die nicht mehr nur in den Entwicklungsländern ein großes Problem sei, sondern zunehmend auch in Russland und Estland. Die einzigen wirksamen Strategien für die AIDS-Bekämpfung seien Bildungs- und Informationsmaßnahmen; Deutschland habe im Rahmen der Task Force für die Kontrolle übertragbarer Krankheiten im Ostseeraum Präventionsmaßnahmen unterstützt. In diesem Zusammenhang müsse natürlich auch das Problem von Menschenhandel und Prostitution angegangen werden, es sei wichtig, vor Ort in den Herkunftsländern über Menschenhandel zu informieren. Abschließend appellierte Abg. Franz Thönnies an die Abgeordneten, einen Beitrag zu einer echten paneuropäischen Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich zu leisten und auch eine Brücke nach Russland zu schlagen. Der schwedische Abgeordnete und Präsident des Nordischen Rates **Gabriel Romanus** hielt einen Vortrag über die *Bedrohung der öffentlichen Gesundheit durch Alkoholismus*, der vor allem in den nordischen Ländern traditionsgemäß ein großes Problem darstelle, weshalb der Zugang zu Alkohol strikten Kontrollen unterworfen sei und Alkohol hoch besteuert werde.

Im Mittelpunkt der dritten Sitzung am Dienstagvormittag standen schließlich die Umweltprobleme der Ostsee. Auch in diesem Jahr referierte der finnische Umweltminister **Jan-Erik Ene-stam** über die *Schadstoffverschmutzung, Eutrophierung und die Gefährdung der Ostsee durch ein erhöhtes Aufkommen an Erdöltransporten*. Die Eutrophierung vollziehe sich bedeutend langsamer als eine Ölverschmutzung, ihre Auswirkungen seien jedoch ebenso alarmierend. Mehr als 50 % der Schadstoffeinleitungen stammten aus vielfältigen, meist landwirtschaftlichen Verschmutzerquellen aus den Einzugsgebieten der wichtigsten Flüsse. In Polen und Russland gebe es zudem mehrere genau zu bestimmende Emissionsquellen. Die Bekämpfung der

Eutrophierung sollte durch gemeinsame, koordinierte Maßnahmen zur Schadstoffverringering für das gesamte Einzugsgebiet der Ostsee erfolgen. Das ehrgeizige Programm der finnischen Regierung zum Schutz der Ostsee schließe auch Mittel für die nachbarschaftliche Zusammenarbeit ein, mit denen u.a. der Bau der Abwasseraufbereitungsanlage von St. Petersburg finanziert werde. Eine andere bedeutende Herausforderung sei die Gewährleistung eines sicheren Seeverkehrs auf der Ostsee, insbesondere von Erdöltransporten. Als konkreter Schritt sei seit 1. Juli dieses Jahres das Schiffsverkehrsmanagement- und Informationssystem VTMS zwischen Finnland, Estland und Russland in Kraft. Zur Begegnung der Gefahr von Ölkatastrophen habe der Nordische Ministerrat mit dem Finnischen Umweltinstitut das MARIS-System entwickelt. Man setze sich auch weiterhin für das Verbot von Einhüllentankern und die Ausweisung der Ostsee als PSSA ein. **Arturas Daubaras**, Vorsitzender der Marinen Umweltschutzkommission der HELCOM, erläuterte die *Zielsetzungen, Leistungen und die Rolle der Helsinki-Kommission* für den Schutz der Marinen Umwelt des Ostseeraumes sowie ihre prioritären Aktionsbereiche, d.h. Bekämpfung von Eutrophierung und Schadstoffeinführung, und nannte in diesem Zusammenhang konkrete Zahlen für verschiedene Nähr- und Schadstoffe.

Als letzter Referent legte der Vorsitzende des Umweltausschusses der Russischen Staatsduma, **Vladimir Grachew**, den Standpunkt Russlands im Hinblick auf die *Umweltsicherheit im Ostseeraum* dar. Er erkannte die Notwendigkeit gemeinsamer Schutzmaßnahmen an, hielt die bestehenden Maßnahmen und die Einhaltung der bestehenden Normen jedoch für völlig ausreichend. Besonders vehement widersetzte er sich der Ausweisung der Ostsee als besonders empfindliches Meeresgebiet, eine Forderung, die insbesondere für Russland hohe ökonomische Kosten nach sich ziehen würde, jedoch einer wissenschaftlichen Grundlage entbehre und daher nicht von Russland befürwortet werden könne.

Angesichts dieses Vetos war es nicht möglich, die deutsche Forderung nach einer Erklärung zur PSSA in die Resolution einzubringen, zumal die russische Delegation auch frühere Resolutionen in Zweifel zu ziehen begann. Auch andere deutsche Vorschläge wie etwa die Einsetzung eines Minderheitenbeauftragten, fanden keinen Niederschlag in die Resolution, die in ökologischer Hinsicht einmal mehr einen Minimalkonsens widerspiegelt. Sollte die Konferenz handlungsfähiger gemacht werden, müsste über strukturelle Änderungen nachgedacht und möglicherweise vom Einstimmigkeitsprinzip abgerückt werden.

(Meier)